

Es wäre falsch, in diesem Zusammenhang von Staatskapitalismus zu sprechen, wie der bayerische Ministerpräsident Dr. Hoegner es tat. Das ist deshalb falsch, weil in den Landes- und Provinzialverwaltungen nicht Vertreter des Großkapitals sitzen, sondern die demokratischen Selbstverwaltungsorgane werden von wirklich antifaschistisch-demokratischen Kräften geleitet, die die Garantie bieten, daß die Betriebe, deren Besitzer die Landesverwaltung ist, wirklich im Interesse des Volkes arbeiten. Es ist deshalb richtig, von einer demokratischen Wirtschaftsordnung zu sprechen.

Was ist der grundsätzliche Unterschied gegenüber der faschistischen Kriegswirtschaft? Der Unterschied besteht darin, daß nicht mehr die Monopolkapitalisten, die Kriegsinteressenten in Staat und Wirtschaft bestimmen, sondern Vertreter des werktätigen Volkes. Indem die Großbetriebe der Kriegsinteressenten in die Hände der Landesverwaltungen übergehen und die Finanzpolitik von den Landesbanken geleitet wird, ist es möglich, die Wirtschaft in den Dienst des Volkes zu stellen. Unter der Kontrolle der Vertreter der Werktätigen kann die Verteilung der Waren und die Preisbildung durchgeführt werden.

Die Fortschritte im sowjetisch besetzten Gebiet beweisen, daß es unter den Bedingungen der Besatzung und im Rahmen der Potsdamer Beschlüsse durchaus möglich ist, die Demokratie zu entfalten, Brot und Arbeit für das Volk zu sichern und die geistige Neugeburt unseres Volkes durchzuführen.

Wenn von einigen Leuten in kritischer Weise erklärt wird, daß ja die sowjetischen Besatzungsbehörden diese demokratische Entwicklung gefördert haben, so können wir nur sagen: Uns, dem deutschen Volke, ist es nur angenehm, wenn die Besatzungsbehörden die demokratische Entwicklung und den neuen wirtschaftlichen Aufbau fördern. (Beifall.) Den betreffenden Herren, die hier Kritik üben, kann ich nur sagen, daß die deutschen Bauern erfreut darüber gewesen sind, daß die Besatzungsorgane die Bodenreform gefördert haben.